Vor der Eröffnung des Reichstages.

Was geht in Deutschland vor?

Der Tagung des Reichstages, die morgen beginnt, wird im Reiche mit der größten Spannung entgegengesehen. Der Reichskanzler empfängt heute die Führer der Parteien, und aus mancherlei Anzeichen ist zu entnehmen, daß insbesondere die Anhänger des „unbeschränkten Torpedos" im Reichstag den Vorstoß wiederholen wollen, den schon die Junker im preußischen Landtag im Sinne hatten, wenngleich sie, als ihnen ihre Unzuständigkeit klargemacht wurde, von ihm schließlich abstehen mußten. Es handelt sich da um den Umfang des Unterseebootskrieges, der durch die bekannten Zusicherungen Deutschlands an die Vereinigten Staaten, nach der Versenkung der „Lusitania", die Einschränkung erfahren hat, daß der Torpedierung eine Warnung voranzugehen habe und daß die Menschen auf dem Schiffe vorher in Sicherheit zu bringen seien; davon unabhängig geht der Kampf gegen die bewaffneten Handelsschiffe, für die diese Einschränkungen nicht gelten. Die Anhänger des „unbeschränkten Torpedos", wie sie ein Berliner Blatt benannte, verlangen dagegen, daß die Unterseeboote überhaupt keine Unterscheidungen machen, sondern einfach jedes Schiff, gleichgiltig, ob bewaffnet oder unbewaffnet, gleichgiltig auch, welche Flagge es trägt, angreifen und versenken sollen. Daraufhin war schon die Resolution gerichtet, die jene Staatshaushaltskommission des preußischen Abgeordnetenhauses dem Reichskanzler übermitteln wollte, und dafür soll nun auch im Reichstag gewirkt werden. Unter denen, die diese Erweiterung des Seekrieges verlangen, befindet sich auch der nationalliberale Führer Bassermann (er ist auch ein Bannerträger der weitestgehenden Annexionspläne), der in einem Artikel der „Deutschen Stimmen" folgendes ankündigt: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Reichstag die richtigen Töne der Energie finden wird. Es muß klar zum Ausdruck kommen, daß unser Volk nicht willens ist, sich durch Amerika die Waffe des U-Boot-Krieges entwinden zu lassen." Die „richtige Energie" muß natürlich ihr Objekt haben; wenn ein Druck ausgeübt werden soll, so muß jemand da sein, der ihn nötig macht . . .

Gegen wen sich diese „Energie" nun „orientieren" will, ist aus einem Artikel des Herrn Georg Bernhard in der „Vossischen Zeitung" zu entnehmen. Da ist sozusagen ein Vorbemerk nützlich. Die „Vossische Zeitung", die einstmals ein besonnenes, bürgerliches Freisinnsblatt war, rangiert heute unter die bösartigsten Hetzblätter und Kriegsscharfmacherei ist ihr Gewerbe. Nicht einmal, wenn man damit etwas anderes sagen will, darf man dem Treiben dieser Zeitung die Zustimmung aussprechen. Auch Herr Georg Bernhard muß der Welt immer wieder vorgestellt werden. Vielleicht erinnert man sich an gewisse Einzelheiten des Dresdener Parteitages, die sich um einen kleinen Bankbeamten drehten, der damals so schmerzlich bewegt war, weil die Partei damit nicht einverstanden sein wollte, daß jemand ein Parteigenosse und Mitarbeiter bürgerlicher Blätter sei. Aus diesem kleinen Bankbeamten ist nun jener Herr Bernhard geworden, der heute der Herr über die Ullsteinsche Zeitungsplantagen ist, in deren Hände die alte Tante Voß geraten ist und wo sie die „Aufmachung" empfing, die sie jetzt so wundersam auszeichnet. Dieser Herr Bernhard ist nun der Geheimoffiziöse gewisser Neben- und Unterströmungen, die manchmal mächtiger sind als die offizielle Politik. Er führt jetzt mit unverkennbarer Tücke den Minierkrieg gegen Bethmann Hollweg an . . . Mit welchen Mitteln da operiert wird, kann an einem zwar kleinen, aber beweiskräftigem Beispiel dargetan werden. Am Mittwoch soll der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zusammentreten. (Das ist ein Ausschuß von fünf Bundesstaaten, der der Information der Bundesregierungen über den Gang der auswärtigen Angelegenheiten dient.) Herr Bernhard macht dazu folgende giftige Bemerkung: „Es ist nicht uninteressant, daß diesmal ein bekannter Parlamentarier, der neuerdings vom Reichskanzler als persönlicher Kurier benützt wird und sich deshalb einredet, ein Diplomat zu sein, seinen Einfluß in Süddeutschland geltend gemacht hat, um die Einberufung des Ausschusses diesmal zu verhindern. Wenn es zutreffen sollte, was er vorgab, daß er zu diesem Versuch beauftragt war, so würde man daraus ja wohl schließen können, daß die Berufung des Ausschusses diesmal dem Bundesratspräsidium nicht sonderlich angenehm war." Dazu wird heute aus München erklärt: „Ein Berliner Blatt behauptet, daß die für die nächste Zeit erfolgte Einberufung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten den Wünschen des Reichskanzlers nicht entsprochen hätte und daß dieser versuchte, die Besprechung zu verhindern. Wie die (offizielle) Korrespondenz Hoffmann schreibt, ist dieses Gerede völlig haltlos. Der Ausschuß wurde vielmehr im vollsten Einvernehmen mit dem Reichskanzler einberufen." Was Herrn Bernhard nicht hindert, den Hintertreppenklatsch — solche Art von Journalisten sieht ja ihre Qualität im „Erfahren" derartiger Dinge; sie hält sich dadurch für „informiert" — zu einer regelrechten Attacke auszunützen. Er spritzt in die öffentliche Meinung das Gift folgendermaßen ein:

Das wäre sehr bedauerlich. Denn durch eine offene Aussprache sowohl vor dem Bundesratsausschuß als auch vor den Parteiführern des Reichstages hätte der Kanzler endlich einmal Gelegenheit, die Richtigkeit von mancherlei Gerüchten aufzuhellen, die in den letzten Tagen die öffentliche Meinung stark beunruhigt haben und die sich soweit zugespitzt haben, daß man bereits auf bestimmte Persönlichkeiten verwies, die es angeblich nicht länger ertragen wollten, in ihrem Wirkungskreis dauernd beengt zu werden. Die Parteiführer des Reichstages und die Mitglieder des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten können hier eine befreiende Tat tun. Sie sollten dem Reichskanzler vorstellen, wohin notwendigerweise die bisher von ihm befolgte Taktik führen muß. Sie würden sich ein großes Verdienst erwerben, wenn es ihnen gelänge, den Kanzler davon zu überzeugen, daß er von der Tribüne des deutschen Reichstages diesmal zum deutschen Volke über seine Ziele und über die Motivierung dieser Ziele sprechen muß und daß im Anschluß daran die Erörterung seiner Anregungen den Anhängern aller Anschauungen freigestellt werden muß.

Das Ergebnis des bisherigen Verfahrens ist nämlich nicht etwa eine Stärkung des Vertrauens zum Kanzler, sondern das Gegenteil. Denn: der Kanzler spricht nicht, die Presse kann auch mit der wünschenswerten Offenheit die Diskussion nicht führen. Die Folge davon ist, daß aus unverantwortlichen und trüben Quellen alles mögliche als Anschauung des Kanzlers verbreitet wird, was dieser vermutlich unbedingt als seine Auffassung von den Dingen ablehnen würde. Solche Leute geben vor, daß ihre Auffassungen an einflußreichen Stellen geteilt werden. Sie scheuen sich nicht, mehr oder weniger offen zu erzählen, wie wenig auf technische Werturteile solcher Männer zu geben ist, die bisher im deutschen Volke für die Gebiete, auf denen sie nun plötzlich gar nichts mehr gelten sollten, als unantastbare Autoritäten galten. Und all das wird als Meinung einflußreicher und mitbestimmender Männer ausgegeben. Niemand kann es widerlegen. Und daher wird all das geglaubt. Das sind die Folgen des Schweigens. Dieses rätselhafte Schweigen muß gebrochen werden. Das deutsche Volk will nunmehr von seinem Kanzler die Gewißheit hören, daß sein politisches Ziel mit derselben Klarheit ersonnen und mit der gleichen Energie verfolgt wird. Ohne andere Rücksichten als die auf den Erfolg und den Sieg. Es liegt in der Hand des Kanzlers, all dem dummen Gerede ein Ende zu machen, das seit Wochen auf Flügeln des Schweigens durch die Welt getragen wird.

Wie man wahrnimmt, trifft die Kunst, die Meinung zu erwecken, daß seine Anschauungen „an einflußreichen Stellen geteilt werden", der Herr Bernhard ganz vorzüglich: denn das Reden von den „bestimmten Persönlichkeiten", die es „nicht länger ertragen wollen, in ihrem Wirkungskreis dauernd beengt zu werden", soll natürlich den Schein erwecken, daß Herr Bernhard im Namen dieser „bestimmten Persönlichkeiten" spricht . . . Und auch der Schwindel, der hier mit dem Verlangen bezweckt wird, der Kanzler möge über sein „politisches Ziel" klar und deutlich Auskunft geben, ist leicht durchschaubar; es reicht dazu aus, sich von den heuchlerischen Redensarten nicht blenden zu lassen. Was die Herren von der „Deutschen Tageszeitung", der „Kreuzzeitung", der „Täglichen Rundschau", der „Kölnischen Volkszeitung", in deren Kreis der Herr Georg Bernhard eine Spezialität ist, von Bethmann Hollweg fordern, ist zweierlei: ein Bekenntnis erstens zu dem „unbeschränkten Torpedo" und zweitens zu den bekannten uferlosen Annexionsplänen. Dahin wollen sie ihn locken oder im entgegengesetzten Falle den Kampf wider ihn eröffnen, mit den Mitteln ihn führen, die ja schon Bismarck nach siegreichen Kriegen erfahren hat. Bedauerlich erscheint es uns, daß die deutschen Sozialdemokraten, so eingesponnen in ihren Bruderkampf, diesem Minierkrieg, in dem so viel an Entscheidung über Krieg und Frieden und über die Art des anzustrebenden Friedens steckt, so gar keine Aufmerksamkeit widmen und daß das dunkle Treiben der Scharfmacher, von ihnen ungestört und unbehelligt, sich immer dreister entfalten kann. Gerade wie sich die Sachlage herausgebildet hat, täte ein entschlossenes und einiges Vorgehen der Fraktion bitter not.

Eine Bemerkung, die mancherlei, was oben zu lesen, erklärt, wollen wir ohne Kommentar wiedergeben. Zu der Meldung von der Erkrankung des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes Großadmirals v. Tirpitz bemerkt die „Tägliche Rundschau": „Die Wolffsche Meldung ist nicht amtlich. Sie kommt recht überraschend, weil von einer Erkrankung des Großadmirals, die natürlich Aufsehen erregen wird, bis jetzt niemandem etwas bekannt war."